

## Das missverstandene Viererticket

«Geheimplan Brand» nur im Einvernehmen mit SVP

Von Dominik Feusi, Bern

Die Anhörungen in den Fraktionen über die Bundesratswahl haben keinen der drei offiziellen Kandidaten Thomas Aeschi, Norman Gobbi und Guy Parmelin zum Favoriten gemacht. Der Waadtländer Guy Parmelin soll gemäss Teilnehmenden keinen guten Eindruck hinterlassen haben. Gobbi und Aeschi hätten sich deutlich überzeugender präsentiert. Das Rennen um die Nachfolge von Eveline Widmer-Schlumpf ist offen. Einige Parlamentarier sind mit der Auswahl der SVP nicht zufrieden.

Der in der SVP-Fraktion letzten Freitag mit 37 gegen 44 Stimmen unterlegene Bündner Nationalrat Heinz Brand wird in der SP, der CVP und der FDP als möglicher Sprengkandidat gehandelt (die BaZ berichtete). Er soll im ersten Wahlgang Stimmen von Mitte-Links und von FDP-Parlamentariern aus der Romandie erhalten, die wegen eigener Ambitionen auf eine spätere Wahl in den Bundesrat auf jeden Fall Guy Parmelin verhindern wollen.

Dann wären die SVP und Brand unter Zugzwang. Aus der SVP hiess es, man würde dann einen Unterbruch von 24 Stunden verlangen. Der BaZ sagte Heinz Brand am Dienstag: «Ich würde eine allfällige Wahl in den Bundesrat nur im Einvernehmen mit meiner Fraktion annehmen. Etwas anderes kommt für mich nicht infrage.» Diese Aussage



Heinz Brand.

Rennen fallen würde. Bei Bundesratswahlen fällt ab dem dritten Wahlgang der Kandidat mit den wenigsten Stimmen weg.

### Kein Comeback gegen SVP

Die «Rundschau» von SRF verbreitete gestern nun die Meldung, dass Brand an einer Kandidatur weiterhin interessiert sei und er ein «Comeback» plane. Ein Viererticket sei besser als bloss ein Dreivorschlag. Das Interview sei vergangene Woche geführt worden, sagte er der NZZ gestern Nachmittag. Er werde auf alle Fälle im Einvernehmen mit der Fraktion handeln, sagte der Bündner weiter. Das Thema Bundesrat sei für ihn erledigt.

SVP-Parteipräsident Toni Brunner sagt dazu, dass die Fraktion dies diskutiert und überaus deutlich abgelehnt habe. «Und Heinz Brand hat mir versichert, dass er eine Wahl nicht annehmen werde.»

ist klar, aber sie lässt auch die Möglichkeit einer Kandidatur offen, falls die Fraktion auf ihren Entscheid zurückkommt. Dies könnte spätestens der Fall sein, wenn ein Kandidat des offiziellen Dreiertickets aus dem

## Behörden schweigen über die Schweizer Jihadisten

Der Chef der IS-Zelle bezeichnete Schweizer als «Hundesöhne»

Von Beni Gafner, Bern

Ein NZZ-Artikel von gestern zeichnet detaillierte Inhalte aus der Anklageschrift der Bundesanwaltschaft gegen drei Iraker nach, die als sogenannte Schweizer IS-Zelle gelten und im Frühling 2014 in der Schaffhauser Gemeinde Beringen von den Behörden aus dem Verkehr gezogen worden sind. Der Chef der IS-Zelle soll von Beringen aus Kontakte weitergepflegt haben, die er zuvor in seiner alten Heimat in einem Vorort von Damaskus in Syrien aufgebaut haben soll. Insbesondere soll er Hilfe für einen Bombenanschlag gesucht haben.

Fragen nach den Umständen, unter denen die drei Iraker in die Schweiz eingereist waren und einen Aufenthaltsstatus erhielten, bleiben bisher unklar. Denn Céline Kohlprath, Sprecherin im Staatssekretariat für Migration erklärt auf Anfragen, man gebe aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes keine Informationen über konkrete Einzelfälle. Sie verwies gestern die Basler Zeitung an den Nachrichtendienst des Bundes (NDB). Dort hiess es: «Der NDB äussert sich weder zu Einzelfällen noch zu laufenden Strafverfahren der Bundesanwaltschaft.» Klar wird aufgrund des NZZ-Artikels trotzdem: Die Zuwanderung über die Asylschiene muss nicht in

jedem Fall so unproblematisch sein, wie dies Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (SP) und diverse Sicherheitsverantwortliche in letzter Zeit laufend zum Ausdruck brachten – mit Ausnahme von Verteidigungsminister Ueli Maurer (SVP). Vielmehr kann die Asylzuwanderung, wie der Fall der Schweizer IS-Zelle gemäss Anklageschrift zeigt, von Extremisten bösartig ausgenutzt werden.

### «Brotbacken» und «Melonen»

So erhielt gemäss NZZ der Chef der Schweizer IS-Zelle, Osamah M., durch falsche Angabe in der Schweiz Asyl. Er sitzt aufgrund einer Kriegsverletzung im Rollstuhl und wurde hier medizinisch weiterbetreut. Offenbar erfolgte auf Geheiss von Schweizer Behörden gar eine Einweisung ins Paraplegikerzentrum Notwil. Es ist davon auszugehen, dass für die Betreuung des heutigen Angeklagten Kranken- und Unfallversicherer aufkamen und darüber hinausgehende Kosten für einen mehrwöchigen Aufenthalt von der öffentlichen Hand bezahlt wurden.

Dies wiederum hielt Osamah M. offenbar nicht davon ab, am 7. Oktober 2012 in einem Facebook-Chat Schweizer als «Hundesöhne» und «Esel» zu bezeichnen, für die auch der Glaube der Hindus

richtig sei. «Solche Leute sind zum Ent-haupten und nicht zum Missionieren», schrieb Osamah M. gemäss NZZ.

Ebenfalls wird klar, dass ein erster Versuch von Osamah M. Ende 2012 scheiterte, einen Jihadisten in die Schweiz zu schleusen. Gut ein Jahr später gelang dann das Vorhaben und Mohammed O. kam. Sein Asylgesuch wurde abgelehnt. Deshalb tauchte er vorübergehend bei Osamah M. unter.

Details über die Kommunikationspraxis der mutmasslichen Attentäter beinhaltet die Anklageschrift gemäss NZZ auch. So wurden bei den Unterhaltungen, zum Beispiel via Skype, Codewörter verwendet, weil man befürchtete, abgehört zu werden. Osamah M. bat demnach bei einem Kommandanten einer extremistischen Gruppe in Syrien um Unterstützung für einen Anschlag, worauf ihm dieser versicherte, jemanden von der «Firma» zu schicken, der sich mit «Wassermelonen» auskenne. Gemäss Anklageschrift steht «Wassermelonen» für Sprengstoff und Waffen, wie die NZZ berichtet. «Brotbacken», ein anderer eingesetzter Begriff, soll Codewort für «Sprengsätze anfertigen» sein.

Die Beschuldigten bestreiten die Vorwürfe. Der Prozess in Bellinzona startet am 29. Februar.

## Parteifreunde ringen hart um die Kommissionssitze

Hier entscheidet sich, welche Geschäfte die Nationalräte direkt mitgestalten – mit Siegern und Verlierern

Von Daniel Ballmer, Bern

In einem Punkt sind sich alle einig: Bei der Verteilung der Kommissionssitze zum Start der Legislatur sind nie alle zufrieden. Immer gibt es Gewinner und auch Verlierer. Zu den Gewinnern zählt der Basler SVP-Nationalrat Sebastian Frehner. Er kann nicht nur seinen Sitz in der Gesundheitskommission (SGK) halten, sondern wird neu auch in der Finanzkommission (FK) Einsitz nehmen. «Ich könnte nicht glücklicher sein», sagt er. Hochzufrieden ist auch der neue Nationalrat Christoph Eymann: Für die FDP zieht er in die Bildungscommission ein. Als Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz ist der Basler LDP-Regierungsrat geradezu prädestiniert.

Auf der Verliererseite steht dagegen Silvia Schenker: Zwar bleibt die Basler SP-Nationalrätin Mitglied der SGK, hat in einer internen Kampfwahl aber ihren Sitz in der Staatspolitischen Kommission (SPK) verloren. Überhaupt hat es bei den Sozialdemokraten rumort: Prominentestes Opfer ist der neue Fraktionschef Roger Nordmann. Er muss intern gleich eine herbe Niederlage einstecken und

seinen Sitz in der einflussreichen Verkehrskommission (KVF) räumen.

Nordmanns Rauswurf widerspiegelt den Ärger darüber, wie er Entmachtungen vorbereitet habe, schreibt der Tages-Anzeiger. «Die Verteilung der Kommissionssitze ist eine der undankbarsten Aufgaben eines Fraktionschefs», kommentiert SP-Sprecher Michael Sorg. Hier entscheidet sich, welche politischen Geschäfte der einzelne Parlamentarier unmittelbar mitgestalten kann.

Bei der SP gibt es aber auch zufriedene Gesichter: So können der Basler Beat Jans und der Baselbieter Eric Nussbaumer ihre Sitze behalten. Beide bleiben in der Umwelt- und Energiekommission (Urek), Jans ist zudem weiter in der wichtigen Wirtschaftskommission (WAK) und Nussbaumer in der Aussenpolitischen Kommission (APK). Oder Susanne Leutenegger Oberholzer, die weiter auf das WAK-Präsidium hoffen darf. Zufrieden ist auch Tim Guldimann. Wie erhofft zieht der ehemalige Schweizer Diplomat in Berlin in die Aussenpolitischen Kommission ein.

Von der SVP in die APK gewählt ist auch der Zürcher Weltwoche-Verleger

Roger Köppel. Während andere Parlamentarier jahrelang warten, bis sie es in ihre Wunschkommission schaffen, hat es bei ihm gleich auf Anhieb geklappt. Gleiches gilt für Ems-Chefin Magdalena Martullo-Blocher, die in die prestigeträchtige Wirtschaftskommission darf. Altgediente SVP-Kollegen fühlen sich da allerdings teilweise übergangen.

### Kein Basler in Verkehrskommission

Zufrieden zeigt sich Thomas de Courten. Der Baselbieter SVP-Nationalrat hält seinen Sitz in der SGK. Nicht geschafft hat er es dagegen in die nationalrätliche Verkehrskommission. Damit ist dort gar niemand mehr aus der Region Basel vertreten. Auch der neugewählte Sandra Sollberger reichte es nicht in die KVF oder die Urek. Dafür darf sie in die wichtige Finanzkommission – «ein grosser Vertrauensvorschuss der Fraktion», findet de Courten.

Zufrieden ist auch die Baselbieter Freisinnige Daniela Schneeberger. Die Treuhänderin wechselt von der Finanz- in die Wirtschaftskommission. «Das liegt mir vom Beruf her klar näher.» Einziger Wermutstropfen: Ihren Sitz in der

SPK musste sie abtreten. Aber das Gedränge in der Fraktion sei sehr gross. Tatsächlich: Mehrere Freisinnige haben ihre Ziele nicht erreicht. Gewerbebandsdirektor Hans-Ulrich Bigler landete statt in der Wirtschafts- in der Bildungscommission, Regine Sauter von der Handelskammer Zürich in der SGK.

Zufrieden ist dagegen die Baselbieterin CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. Die Chancen stehen gut, dass sie das APK-Vizepräsidium und so in zwei Jahren das Präsidium übernehmen kann. Dann aber müsste sie ihren Sitz in der Bildungscommission aufgeben, womit sie wohl gut leben könnte.

Noch nicht entschieden haben die Grünen. Es habe aber nicht genügend Plätze, um alle glücklich machen zu können, sagt Generalsekretärin Miriam Behrens – zumal die Fraktion Sitze verloren hat. Die Baselbieterin Maya Graf könnte die ihren dennoch halten. Kaum Hoffnungen machen darf sich dagegen die Baslerin Sibel Arslan auf einen Sitz in der Urek. Die Juristin könnte aber auch mit der Rechtskommission gut leben. Damit wäre sie keine Gewinnerin – aber auch keine Verliererin.

## Nachrichten

### Nun doch 20 Milliarden Franken für die Armee

**Bern.** Auch der Nationalrat steht hinter der Armee reform. Er genehmigte gestern die Vorlage, die er im Sommer noch abgelehnt hatte. Dabei beschloss er, die Armee von den Sparplänen des Bundes auszunehmen. Sie soll 20 Milliarden Franken für vier Jahre erhalten und nicht, wie vom Bundesrat vorgeschlagen, 18,8 Milliarden. Mit der Reform soll die Armee verkleinert, aber besser ausgerüstet und ausgebildet werden. Zudem soll sie schneller eingesetzt werden können. SDA

### Standesinitiative für Sicherheit beschlossen

**St. Gallen.** Die Schweiz soll ihre Asyl- und Flüchtlingspolitik verstärkt auf die Flüchtlingsströme und die zunehmende Gewalt ausrichten. Das fordert der Kanton St. Gallen mit der Standesinitiative «Sicherheit trotz Flüchtlingsströmen», die vom Kantonsrat beschlossen wurde. Demnach soll die Schweiz das Grenzschutzkorps aufstocken und dafür die nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Grenzschutz, Polizei und Armee sollen verstärkt zusammenarbeiten. SDA

### Stromnetz-Betreiberin warnt vor Engpässen

**Laufenburg.** Die Schweizer Stromnetz-Betreiberin Swissgrid warnt vor Energie-Engpässen in diesem Winter: Weil die Kernkraftwerke Beznau 1 und 2 ausser Betrieb sind und im Sommer und Herbst wenig Regen fiel, sind die Reserven knapp. Einen totalen Ausfall dürfte es aber trotzdem nicht geben. Die Stromnetz-Betreiberin beurteilt die momentane Situation in der Schweizer Energieversorgung als «angespannt», wie Swissgrid gestern in einer Mitteilung schrieb. SDA

## Korrekt

**Klatsch politique, BaZ, 1. 12. 15** Die BaZ hat fälschlicherweise gemeldet, dass die CVP-Nationalräte Barbara Schmid-Federer (ZH) und Gerhard Pfister (ZG) neu im Nationalratssaal nebeneinandergesetzt wurden. Sie sassen tatsächlich schon die letzte Legislatur nebeneinander und legen Wert auf die Feststellung, dass beide darauf bestanden hätten, dass das so bleibe. fi

## Bankgeheimnis definitiv am Ende

Parlament schafft Grundlage für Informationsaustausch

**Bern.** Für ausländische Bankkunden soll das Bankgeheimnis bald nicht mehr gelten. Das Parlament hat den rechtlichen Grundlagen zum Automatischen Informationsaustausch (AIA) zugestimmt.

Nur mit bestimmten Ländern wird die Schweiz künftig automatisch Informationen austauschen. Der Bundesrat wollte deshalb neue Sorgfaltspflichten für Banken einführen. Diese sollten verhindern, dass Schweizer Banken Schwarzgelder aus Ländern annehmen, mit welchen kein AIA vereinbart wurde. Nach dem Nationalrat hat gestern nun auch der Ständerat entschieden, nicht auf eine Änderung des Geldwäschereigesetzes einzutreten. Chancenlos war im Ständerat die Steueramnestie, die der Nationalrat überraschend ins Gesetz eingebaut hatte. Der Nationalrat möchte mit der Regelung Steuerhinterziehern einen höheren Anreiz bieten, ihre Schwarzgelder zu deklarieren. Damit ist die Vorlage vom Tisch. SDA

## Salutschüsse für Markwalder und Comte



**Die höchsten Schweizer.** Bern und Neuenburg feierten gestern Nationalratspräsidentin Christa Markwalder (FDP, BE) und Ständeratspräsident Raphaël Comte (FDP, NE). Die Feier begann mit einem Empfang im Bundeshaus. Vor dem Bundeshaus wartete die Ehrenformation des Kantons Bern und feuerte Salutschüsse für die beiden jungen Freisinnigen ab. Anschliessend ging es weiter nach Burgdorf beziehungsweise nach Neuenburg. SDA Foto Keystone